

Petition

Schulstruktur in Bayern

Beschluss vom 11. Juli 2011

Vorwort

Das Forum Bildungspolitik mit seinen 44 Mitgliedsorganisationen weist ein breites Spektrum an Interessen und bildungspolitischen Standpunkten auf. Das Projekt Schulstruktur ist ein wichtiger Baustein für das gemeinsame Selbstverständnis des Forums.

Einleitung

Die Bildungslandschaft in Deutschland ist vielfältig, jedes Bundesland hat aufgrund der Länderzuständigkeit für die Bildung eigene Wege, Pläne, Wünsche und Probleme. Bayern rühmt sich, eines der besten Schulsysteme der Bundesrepublik zu haben. Wir wollen genauer hinschauen.

PISA hat nicht bewiesen, dass das gegliederte Schulsystem in Bayern am leistungsstärksten ist, sondern dass die bayerischen Schüler/innen am leistungsstärksten sind. Im IGLU-Lesetest, der in der Grundschule abgehalten wird, also vor der Trennung der Kinder auf verschiedene Schularten, erzielen noch alle Kinder weitgehend gleiche und gute Ergebnisse. Fünf Jahre später jedoch im PISA-Test zeigen die deutschen Fünfzehnjährigen die größten Leistungsunterschiede aller teilnehmenden Staaten. Nur Deutschland und Österreich trennen die Kinder mit zehn Jahren, die anderen Länder, deren Schüler/innen Leistungsunterschiede aufweisen, trennen erst mit 14 Jahren. Diese Schüler/innen lernen also seit einem Jahr getrennt, deutsche Schüler/innen dagegen haben fünf Jahre getrennten Unterricht hinter sich – eventuell ein Grund für die extreme Spreizung ihrer Leistungen. Die guten Schüler werden besser, die schwachen Schüler schlechter. Dass Bayern im PISA-Test zu einem guten Ergebnis gekommen ist, kann unter anderem auf den günstigeren sozio-ökonomischen Hintergrund der bayerischen Bevölkerung zurückgeführt werden.

● Aktion Humane Schule Bayern ● Arbeitsgemeinschaft der Elternverbände Bayerischer Kindertageseinrichtungen e.V. (ABK) ● Arbeitskreis Hauptschule e.V. (AKH)
● Bayerischer Elternverband e.V. (BEV) ● Bayerischer Jugendring (BJR) ● Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e.V. (BLLV) ● Bund der Deutschen Katholischen Jugend - Bayern (BDKJ) ● Bündnis zur Erneuerung der Demokratie (BED) ● Deutscher Caritasverband Landesverband Bayern e.V. ● Deutscher Familienverband – Landesverband Bayern e.V. (DFV) ● Deutscher Kinderschutzbund – Landesverband Bayern e.V. (DKSB) ● Deutscher Kinderschutzbund – München e.V. ● Die Regionalbewegung - Landesgruppe Bayern ● Eine Schule für Alle - in Bayern e.V. ● Evangelische Jugend in Bayern (EJB) ● Evangelischer Initiativkreis für Bildung + Erziehung (E.I.B.E.)
● Fachverband für Kunstpädagogik, BDK e.V. ● Freie Elternvereinigung in der Evang.-Luth. Kirche in Bayern e.V. (FEE) ● Gemeinsamer Elternbeirat für die Volksschulen der Landeshauptstadt München (GEB) ● Gemeinschaft Evangelischer Erzieher in Bayern e.V. (GEE) ● Gesamtverband Evangelischer Erzieher und Erzieherinnen in Bayern e.V. (GVEE) ● Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – Landesverband Bayern (GEW) ● Grundschulverband - Arbeitskreis Grundschule e.V. - Landesverband Bayern (GSV - AKG) ● Gymnasialerlern Bayern e.V. (GyB) ● Initiative Humanes Lernen GbR (IHL) ● InitiativGruppe – Interkulturelle Begegnung und Bildung e.V. (IG) ● Institut für Zusammenarbeit im Erziehungsbereich (IFZE) ● Jenaplan Initiative Bayern e.V. (jpi) ● JFF - Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis ● Landesarbeitsgemeinschaft Bayerischer Familienbildungsstätten e.V. ● Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen in Bayern e.V. ● Landesarbeitsgemeinschaft Bayern Gemeinsam Leben - Gemeinsam Lernen e.V. ● LandesAStenKonferenz Bayern (LAK) ● LandeschülerInnenvereinigung Bayern e.V. (LSV) ● Landesverband Bayerischer Schulpsychologen e.V. (LBSP) ● Landesverband Legasthenie und Dyskalkulie e.V. Bayern (LVL) ● Landesvereinigung Kulturelle Bildung Bayern e.V. (LKB:BY) ● Montessori Landesverband Bayern e.V. ● StadtschülerInnenvertretung München ● Sudbury München e.V. ● Verband Berufstätiger Mütter e.V. (VBM) ● Verband Sonderpädagogik e.V. (vds) ● Verband Katholischer Religionslehrer/innen und Gemeindefreferent/innen im Kirchendienst e.V. (VKRG) ● Zentrum für kindliche Mehrsprachigkeit e.V. (ZKM)

1. Was ist der Ist-Zustand des bayerischen Schulsystems? Welche Probleme schafft das bayerische Schulsystem?

- 1.1 Das Recht auf Bildung für alle wird nicht eingelöst.
- 1.2 Chancengerechtigkeit und gesellschaftliche Integration von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund und/oder aus bildungsfernen Familien sind nicht gewährleistet.
- 1.3 Leistungspotentiale werden nicht ausgeschöpft: Viele Kinder werden aufgrund zweifelhafter Kriterien nach der vierten Klasse auf Schularten verteilt, die ihnen häufig im Laufe ihrer Entwicklung nicht mehr gerecht werden.
- 1.4 Die Gruppierung der Schüler/innen in scheinbar homogene Lerngruppen steht im Widerspruch zu ihrer Individualität. Homogene Lerngruppen sind nicht leistungsfähiger als heterogene.
- 1.5 Nicht in die nächste Jahrgangsstufe vorrücken zu dürfen oder sogar die Schulart verlassen zu müssen, ist für Kinder und Jugendliche eine Versagenerfahrung, die Selbstwertgefühl und Motivation massiv beeinträchtigt.
- 1.6 Die geltenden Übertrittsregelungen wirken sich auf den Unterricht in der Grundschule aus. Es wird fast ausschließlich auf Prüfungen und für Noten gelernt. Wenn Eltern mit Lehrkräften um einzelne Fehler und Punkte feilschen, wird das Klima vergiftet.
- 1.7 Der Zwang zur Auslese durch die Lehrkräfte steht im Widerspruch zum Wunsch und zur pädagogischen Anforderung nach individueller Förderung. Die Lehrerinnen und Lehrer haben einen umfassenden und ganzheitlichen Bildungsauftrag, den sie erfüllen möchten.
- 1.8 Inklusion im Schulwesen findet (noch) nicht statt. Es gibt nur vereinzelte inklusive Bildungsangebote; das führt dazu, dass nur ganz wenige Kinder, diese auch ergreifen können.
- 1.9 Die gesundheitlichen Folgekosten des Schulsystems sind nicht überschaubar. Der Leistungsdruck bedingt den Anstieg physischer und psychischer Krankheiten bei Kindern und Jugendlichen sowie Lehrkräften.
- 1.10 Durch die demografische Entwicklung sind vor allem im ländlichen Raum nicht mehr genügend Kinder vorhanden, um alle Schularten zu füllen. Die Gefährdung und Schließung wohnortnaher Schulen machen kleinere Kommunen für junge Familien unattraktiv.
- 1.11 Durch die Lehrer/innenbildung, die auf den verschiedenen Schularten aufbaut, sind die Lehrkräfte unflexibel, sodass in der einen Schulart Lehrkräfte arbeitslos sind, in der anderen Schulart Lehrer/innenmangel herrscht.
- 1.12 Das Erziehungsrecht der Eltern bzw. Erziehungsberechtigten wird politisch beschnitten, da es keine öffentlichen Schulen gibt, die ohne Notendruck, ohne Aufteilung auf verschiedene Schularten und ohne permanente Prüfungen arbeiten. Privatschulen, die dies gewährleisten, stehen nicht allen Eltern gleichermaßen offen, da der Bildungshintergrund oder die finanziellen Möglichkeiten der Eltern häufig den Zugang erschweren, zumal das Kultusministerium

Privatschulen finanziell immer mehr benachteiligt. Außerdem sind in ländlichen Regionen Privatschulen häufig zu weit entfernt. In den Städten dagegen ist der Ansturm zu groß, um alle angemeldeten Kinder aufnehmen zu können.

- 1.13 Die Schulabbrecher/innenquoten sind zu hoch. Mangelnde Schulbildung verursacht hohe volkswirtschaftliche Kosten durch Transferleistungen, zum Teil auch durch gesundheitliche Risiken und Straffälligkeit.
- 1.14 Die hohe bayerische Wiederholerquote und die in vielen Fällen notwendige häusliche Nachhilfe belasten Familien und den Staatshaushalt unnötig. Die zunehmende Zahl an Nachhilfeinstituten und die Kosten (in Deutschland ca. 1,2 Milliarden € pro Jahr) konterkarieren das Schulsystem.
- 1.15 Das Fortkommen im Schulsystem und die Abschlüsse erfordern in erster Linie kognitive Leistungen. Ganzheitliche Persönlichkeitsbildung wird vernachlässigt, so dass notwendige Lebenskompetenzen wie eigenständiges Lernen und Arbeiten, Team- und Konfliktfähigkeit sowie soziale Kompetenzen nicht ausreichend erworben werden.

2. Schlussfolgerungen: Veränderungen zulassen

Eine Abkehr vom Dogma der Aufteilung auf verschiedene Schularten ist erforderlich. Um bestehende Probleme zu bewältigen und auf neue Probleme flexibel reagieren zu können, ist eine Öffnung und Bereicherung des Schulsystems notwendig. Die Modifizierung des Schulsystems muss in einen Prozess eingebettet sein, der jetzt beginnt.

- 2.1 Der Prozess für notwendige Änderungen hin zu einer vielfältigeren Schullandschaft muss eröffnet werden. Pluralität ist sowohl hinsichtlich der Bildungsmöglichkeiten für alle Heranwachsenden innerhalb einer Schule als auch innerhalb der gesamten Schullandschaft anzustreben. Anträge auf Schulversuche, die vor Ort gewünscht werden, müssen genehmigt werden, auch wenn sie nicht den Strukturen der bisherigen Trennung der Schularten entsprechen.
In anderen Bundesländern wird vorgemacht, wie eine organische Schulentwicklung aussieht: Die Bildungspolitik verordnet keine einheitlichen Schulmodelle, sondern hilft den Schulen, die das wünschen, vor Ort bei der Entwicklung regional passgenauer Schulen. Hierzu müsste Bayern sich aber vom Dogma der ausschließlichen Dreigliedrigkeit verabschieden und Schulentwicklung von unten zulassen. Eine erste Bewährungsprobe stellt dabei der Umgang mit dem Antrag auf eine Gemeinschaftsschule in Denkendorf und Kipfenberg dar. Gerade für kleinere Gemeinden ist der gemeinsame Schulbesuch ihrer Kinder und Jugendlichen bis zur 10. Klasse wesentlich, da sie sie nur so vor Ort behalten und lange Schulfahrten und leer stehende Schulhäuser vermeiden können.
- 2.2 Entscheidungskompetenzen der einzelnen Schule über ihre innere und äußere Struktur müssen also gestärkt werden. Autonomie von und Demokratie in den Schulen sind auszubauen. Selbstbestimmung und Selbstverantwortung jedes Heranwachsenden sind Kernelemente einer demokratischen Schule. Schüler/innen, Lehrer/innen und Eltern bilden eine Erziehungsgemeinschaft. Deshalb sind ihre Mitbestimmungsrechte zu stärken.

- 2.3 Veränderungen müssen ohne Zeitdruck vor Ort entwickelt und begleitet werden. Die für Veränderungen notwendigen finanziellen Mittel sind zur Verfügung zu stellen. Umfangreiche Qualitätssicherungsmaßnahmen wie Zielvorgaben, Supervision und interne Evaluation begleiten die Entwicklung der Schulen.
- 2.4 Die Schulen müssen vom Ausleseauftrag befreit werden. Eine andere Sicht auf Leistung und Leistungsrückmeldung als Basis für neue Lernprozesse ist erforderlich. Dies hat für alle Beteiligten viele Vorteile: Schüler/innen dürfen und können sich wieder mehr auf die Inhalte ihres Lernens konzentrieren. Die Lehrer/innen müssen nicht mehr einen Großteil ihrer Zeit und Energie auf Korrigieren, Durchführen und Rechtfertigen von justiziablem Notenerhebungen aufwenden. Schüler/innen können Lehrer/innen als Lernbegleiter/innen und nicht als Vergabeinstanz für Lebenschancen wahrnehmen. Das Verhältnis zwischen den Eltern und Lehrpersonen einerseits sowie das Verhältnis zwischen Lehrpersonen und Schüler/innen andererseits wird somit entlastet.
- 2.5 Die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten sollen nach intensiver Beratung mit Lehrpersonen, Schulpsycholog/innen und Beratungslehrkräften die weiterführende Schule frei wählen können. Denn die Verantwortung für die Wahl der Schullaufbahn tragen letztlich die Eltern und nicht die Grundschullehrer/innen. Dies sorgt dafür, dass Grundschullehrer/innen wieder in Ruhe mit Kindern arbeiten und lernen können und Eltern deren Beratungskompetenz annehmen. Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen, dass nach der Freigabe des Elternwillens die Übertrittsquote auf Realschule und Gymnasium nicht signifikant angestiegen ist.
- 2.6 Das Nicht-Versetzen muss ersetzt werden durch mehr individuelle Förderung, da vielfach nachgewiesen ist, dass es weder Vorteile für den wiederholenden Schüler noch für die verbleibende vorgeblich homogene Klasse hat. Die dadurch erzielten finanziellen Ersparnisse werden dort für Förderunterricht eingesetzt, wo Kinder ihn benötigen.
- 2.7 Um jedem Individuum in einer heterogenen Lerngruppe gerecht zu werden, ist mehr Zeit notwendig. Dies erfordert mehr pädagogisches Personal.

Bayern sollte sich nicht zu schade sein, die vielen guten Beispiele anderer Länder zu analysieren, die Ergebnisse der neueren Hirnforschung zu berücksichtigen und neue Schulmodelle im Sinne von best practice Alternativen zu ermöglichen. Auch in diesem Bereich muss das Rad nicht immer neu erfunden werden. Die Betroffenen – Eltern, Lehrpersonen, Kommunen und Schulträger – sollten gehört und ihr Fachwissen genutzt werden.